Parkplätze müssen weg – aber nicht sofort

Bald entscheidet die Stadt Luzern über die umstrittene Autofreie-Quartiere-Initiative. Was passiert bei einem Ja?

Stefan Dähler

Sollen mehrere Luzerner Innenstadtquartiere autofrei werden? Darum geht es bei der Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern» der Jungen Grünen, über die am 28. September abgestimmt wird. Mit dem Begehren fordert die Jungpartei, dass die Quartiere Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt «wo immer rechtlich möglich» autofrei gestaltet werden sollen, wie es im Initiativtext heisst. Stattdessen soll der Strassenraum begrünt und entsiegelt werden.

und entsiegelt werden. Wie die Initiative umgesetzt würde, steht noch nicht definitiv fest. Mobilitätsdirektor Marco Baumann (FDP) sagte bei deren Behandlung im Grossen Stadtrat, dass diese Fahrverbote und die Aufhebung von Parkplätzen zur Folge hätte, wobei noch vieles unklar sei: Zum Beispiel, ob auch private Strassen betroffen wären. Für die Aufhebung priva-ter Parkplätze wiederum fehle eine rechtliche Grundlage, allenfalls müsste eine solche geschaffen werden. Bei einem Ja müsste der Stadtrat die konkrete Umsetzung noch erarbeiten. Er fügte jedoch an: «Klar da-gegen ist, dass sofort sämtliche 1000 Parkplätze auf öffentli-chem Grund in den vier Quartieren aufgehoben werden müssen. Das würden wir auch so

Initiative hat Parallelen zur Bahnhofstrasse

Anders sieht das die GLP, die kürzlich die Ja-Parole zur Initiative beschlossen hat. Wie sie mitteilt, fordert sie, dass die Stadt bei einem Ja einen Partizipationsprozess mit der betroffenen

> Herzog Haustechnik AG Täschmattstrasse 10,

ANZEIGE



Parkplätze an der Sempacherstrasse im Hirschmattquartier

Bild: Pius Amrein (Luzern, 21. 8. 2025)

Quartierbevölkerung sowie dem Gewerbe durchführt. Die Ankündigung Baumanns hält GLP-Co-Präsident Michael Küchler für übertrieben. «Aus dem Initativtext lässt sich nicht ableiten, dass sofort alle öffentlichen Parkplätze aufgehoben werden müssen. Das wäre eine Trotzreaktion und auch ein Novum.»

Küchler verweist auf die Initiative für die Umgestaltung der Bahnhofstrasse, die 2013 angenommen wurde und ähnlich formuliert war. Gefordert wurde damals im Initiativtext, die Strasse «wenn immer möglich autofrei» zu gestalten. «Bis zur Umsetzung hat es über zehn Jahre gedauert», sagt Küchler. Zudem gilt dort kein absolutes Fahrverbot, die Bahnhofstrasse kann von Zubringern nach wie vor befahren werden. Weiter habe die Bahnhofstrasse gezeigt, dass Anwohnende mit Einsprachen die Umsetzung über Jahre hinweg verzögern können. «Darum wäre es umso wichtiger, zuerst in einem partizipativen Prozess die Bevölkerung ins Boot zu holen.» Was sagt das Initiativkomi-

Was sagt das Initiativkomitee dazu? «Wir wünschen uns eine schnelle Umsetzung, aber es ist uns ein Anliegen, dass die Stadt dabei die Quartierbevölkerung und das Gewerbe einbezieht», sagt Grossstadträtin Chiara Peyer (Junge Grüne). Es ei zwar klar, dass bei einem Ja alle städtischen Parkplätze, die nicht von der Initiative ausgenommen sind, in den vier Quartieren aufgehoben werden müssen. «Das soll zeitnah geschehen, wir sind aber offen für ein gestaffeltes Vorgehen.» Peyer fügt an, dass im Initiativtext nicht von einer sofortigen Aufhebung von Parkplätzen die Rede ist, sondern davon, dass

die Stadt «unverzüglich mit der Projektierung einer Teilentsiegelung und Begrünung des Strassenraums» beginnt. Um die Bevölkerung dabei einzubeziehen, soll die Stadt sich am 2023 verfassten Leitfaden für Partizipation orientieren.

Partizipation orientieren. Auch Peyer sieht Parallelen zur Bahnhofstrasse. «Unsere Initiative ist sehr ähnlich formuliert.» Bei einem Ja müsste die Stadt die Umsetzung ebenfalls zuerst noch ausarbeiten. «Aber es ist natürlich nicht die Idee, dass das wie bei der Bahnhofstrasse über zehn Jahre dauert.»

So würde der Stadtrat vorgehen

Mobilitätsdirektor Marco Baumann erklärt seine Aussage im Parlament wie folgt: «Aus der Forderung nach einem unverzüglichen Projektierungsstarund der Bewilligung der Ausgaben für die Projektierung wie auch Ausführung schliessen

Diskussion im Bruchquartier

Wie steht die Bevölkerung in den direkt betroffenen Quartieren zur Autofrei-Initiative? Der Quartierverein «Säll-Bruch-Obergütsch» lädt zur öffentlichen Diskussion: Dienstag, 26. August, um 18.30 Uhr im «Contenti» an der Gibraltarstrasse 14. Anwesend sein werden auch Initiantin Maline Zimmermann (Junge Grüne) und FDP-Grossstadträtin Anna-Sophia Spieler vom Gegenkomitee. (red)

wir, dass Massnahmen gefordert sind, die ihre Wirkung schnellstmöglich entfalten.» Der stadträtliche Gegenvorschlag habe daher auch Sofortmassnahmen enthalten. Dieser wurde vom Parlament jedoch abgelehnt und ist vom Tisch. Nur die Initiative kommt vor das Stimmvolk.

Bei einem Ja würde der Stadtrat einen Bericht und Antrag erarbeiten und darlegen, wie er die Initiative umzusetzen gedenkt, so Baumann. «Voraussichtlich wird eine schnelle Aufhebung der rund 1000 betroffenen Parkplätze in den vier Quartieren als Sofortmassnahme aufgeführt.» Es käme also nicht unmittelbar nach der Abstimmung zur Aufhebung von Parkplätzen. Weiter wäre auch eine neue Regelung für die Dauerparkkarten nötig, Viele öffentliche Parkplätze in den betroffenen Quartieren werden von Inhabern solcher Dauerparkkarten genutzt.

Zweite Abstimmung ist denkbar

Für die Aufhebung der Parkplätze wie auch für die Aufwertungs- und Begrünungsmassnahmen braucht es personelle und finanzielle Mittel. Der Stadtrat rechnet für die Planung und Projektierung mit Kosten von 4 Millionen und die Umsetzung mit mindestens 30 Millionen Franken, so Baumann. Daher ist denkbar, dass es nochmals zu einer Volksabstimmung käme, denn Kredite ab 15 Millionen Franken unterliegen dem obligatorischen Referendum



041 259 50 00

Nicht alle Strassen würden autofrei

Die Initiative der Jungen Grünen betrifft die Quartiere Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt. Allerdings sollen dort nicht alle Strassen autofrei werden. Gemäss Initiative sind folgende Strassen ausgenommen: Baselstrasse, Hirschengraben, Obergrundstrasse, Sälistrasse, Pilatusstrasse, Koosstrasse, Bundesplatz, Zentalstrasse, Bundesplatz, Zentalstrasse, Bundesstrasse, Bireggstrasse, Moosmattstrasse.

Weiter können gemäss Stadtrat die Hirschmattstrasse und die Klosterstrasse nicht autofrei gestaltet werden, weil beide eine «übergeordnete Verbindungsfunktion» haben, wie er im Bericht und Antrag zur Initiative schreibt. Zudem gebe es in der Neustadt zahlreiche Privatstrassen mit unterschiedlichen Eigentümerschaften, bei denen die Initiative nicht umgesetzt werden könne.

Innerhalb der Quartiere soll es gemäss Initiativert Ausnahmen geben, etwa für Rettungsdienste, Grundversorger wie die Post, Entsorgung oder die Zulieferung von Geschäften sowie Menschen mit Beeinträchtigungen. Weiter wurde im Parlament eine Protokollbemerkung überwiesen, mit der gefordert wird, dass es Parkplätze für Handwerks- und Serviceleute geben soll. (std)